

# Weißenfels-Zeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kommunistische Zeitung des Bezirks

Anzeigenspreis: Vierteljährlich 20 M. ohne Anträge. — Einzelne Nummern 5 M. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenspreis: Die kommunistische Zeitung 5 M. außerhalb der Kreisstadt Dippoldiswalde 3 M. im östlichen Teil (aus dem Gebiet) die Zeile 10 M. — Ganzseite mit Reklame 20 M.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Gehne. — Druck und Verlag: Carl Gehne in Dippoldiswalde.

Nr. 181

Sonnabend den 5 August 1922

88. Jahrgang

### Amtliche Bekanntmachung.

#### Betr. laufende Teuerungs- zuschüsse an militärversorgungs- berechtigte Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

In teilweiser Abänderung der Bekanntmachung des Be-  
zirksamts für Kriegsfürsorge Dippoldiswalde vom 23. 6. 1922  
— 4594 Kf — wird folgendes bestimmt:

I. Ab 1. 8. 1922 beträgt der laufende Teuerungs-  
zuschuss gemäß dem Reichsgesetz vom 14. 7. 1922  
monatlich

- a) für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 — 80 v. H. 500,— M.
- b) für einen Schwerbeschädigten bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mehr als 80 v. H. 750,— M.
- c) für einen Schwerbeschädigten, der nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb auszuüben nicht imstande ist 1000,— M.
- d) für eine erwerbsunfähige oder dieser gleichgestellte Witwe 500,— M.
- e) für eine Witwe, die nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb auszuüben nicht imstande ist 700,— M.
- f) für eine vaterlose Waise 250,— M.
- g) für eine elterlose Waise 300,— M.
- h) für einen Elternteil 300,— M.
- i) für ein Elternpaar 500,— M.

Außerdem erhält der Schwerbeschädigte, wenn er für Kinder zu sorgen hat, neben dem Teuerungszuschuss für jedes Kind

II. Als Teuerungszuschuss erhalten ferner: Empfänger eines Übergangsgeldes, Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe und Empfänger eines Haushalgeldes monatlich und, wenn Haushaldempfänger für Kinder zu sorgen haben, neben dem Teuerungszuschuss für jedes Kind

III. Versorgungsberechtigte, deren regelmäßiges Einkommen neben den Versorgungsgebührennissen die ihnen und ihren Kindern nach den Ziffern I und II dieser Bekanntmachung zustehenden Teuerungszuschüsse a) in der Ortsklasse C um 65 %, in den Ortsklassen D und E um 55 % übersteigt, erhalten die Teuerungszuschüsse nur zum halben Betrage; b) in der Ortsklasse C um 115 %, in den Ortsklassen D und E um 105 % übersteigt, erhalten keine Teuerungszuschüsse.

IV. Leichtbeschädigte und erwerbsfähige Witwen können die Teuerungszuschüsse nur dann erhalten, wenn sie trotz eigenen Bemühens und trotz der Mitwirkung der Fürsorgestelle eine regelmäßige Erwerbstätigkeit nicht aufnehmen können und ihr Einkommen neben den Versorgungsgebührennissen die in Ziffer III genannten Einkommensgrenzen nicht überschreitet.

V. Die Teuerungszuschüsse können für einen Zeitraum von 3 Monaten vor der Antragstellung, jedoch nicht für die Zeit vor dem 1. August 1922 nachgezahlt werden.

VI. Den Kriegsstellern und Kriegswaisen, die bisher Teuerungszuschüsse erhalten haben, wird der laufende Teuerungszuschuss für Monat August in den nächsten Tagen ohne Antrag zugehen. Dagegen machen sich bei den Kriegsbeschädigten und Kriegswitwen infolge Neuregelung der Einkommensgrenzen erneut Feststellungen über ihr derzeitiges Einkommen nötig.

Diese müssen daher erneut und zwar mündlich bis spätestens zum 10. August 1922 bei der Ortsbehörde ihres Wohnortes unter Vor-

legung eines Nachweises über ihr Einkommen (Mindereinkommen) Antrag stellen.

Beziehsamt für Kriegsfürsorge Dippoldiswalde,  
Nr. 112 Kf. I. am 31. Juli 1922.

### Örtliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Jedenfalls ist durch das Gewitter in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch der Schwarm Nonnenfalter angetrieben worden, der sich an den Bäumen und Telephonmasten der nach Elend führenden Straße festgesetzt hatte. Leider wurde der Vorsitzende der städtischen Forstverwaltung nicht sofort davon in Kenntnis gesetzt. Erst Donnerstag vormittag geschah das, worauf derselbe die Vernichtung der nach vielen Hundertenzählenden Falter sofort in die Wege leitete. Der Vorsitzende des Forst- und Florausschusses, Stadtrat Gieholt, bittet, bei etwaiger Wiederholung derartiger Fälle ihn oder die Polizeiwache durch eine kurze schriftliche Mitteilung umgehend davon in Kenntnis zu setzen. — Eine wegen der Rennengefahr vorgenommene abermalige Begehung des Stadtwaldes ergab, daß dieser glücklicherweise von dem Schwarm verschont geblieben ist. Es wurden, wie das alle Jahre um diese Zeit vorkommt, nur einige Falter gefunden.

Auch in der näheren Umgebung sind Nonnenfalter in großer Zahl noch den leichten Gewittern beobachtet worden, so in Reinhardtsgrima und besonders in Reinholdshain, wo auch Obstbäume (Kirsche und Apfel) bis in die höchsten Spitzen dicht von Faltern besetzt sind. Ein schnelles Ableben und Vernichten ist hier dringend geboten, wenn unsere Gegend im nächsten Jahre von Nonnenfisch verschont bleiben soll.

Im Schülensaal bei Kollegen Börner hielt Donnerstag nachm. der Saalinhaber-Verband in der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde eine außerordentliche Versammlung ab, die aber nur schwach besucht war. Vor allem fehlten die Kollegen aus dem Müglitztal und aus der Frauensteiner Gegend (außer Preischendorf). Nach Verlesen der Niederschrift über die leichte Versammlung wurde ein Kollege als Mitglied aufgenommen, von der Abmeldung zweier Herren (infolge Aufgabe des Berufs) nahm man Kenntnis und hörte dann den Bericht über die Landesverbandsversammlung in Glauchau, die von den Delegierten Schmieder und Schenk erstattet wurde. Anschließend hieran beschäftigte man sich mit dem neuen Tanzregulativ. Nach diesem kann von den Saalinhaltern nunmehr jeden Sonntag, mit Ausnahme des Karfreitag, Totensonntag usw. weiter auch noch an einigen von der Behörde näher zu bezeichnenden Wochenlagen (Kirmesmontag, Schützenfest) Tanzmusik abgehalten werden. Es ist nur Anmeldung bei der Ortsbehörde unter Vorlegung des Tanzbuches nötig und eine Schreibgebühr zu entrichten. Abgaben nach der Verordnung von 1890 für Armenkasse usw. fallen künftig weg. Ein wichtiger Paragraph ist auch der, daß Personen unter 16 Jahren der Zutritt zum Tanzlokal im allgemeinen verboten und nur unter Umständen an Ausflugsorten und dergl. bis abends 7 Uhr gestattet ist, daß aber der Saalinhaber nicht mehr allein haftbar ist, sondern daß bei Vereinsvergnügen usw. die Vorstandsmitglieder hier mit verantwortlich sind. Dieser Paragraph stellt also eine Erleichterung für den Saalinhaber dar. Da unter den heutigen Verhältnissen den Vorstandsmitgliedern nicht zugemutet werden kann, jeweils große Reisen zu Versammlungen zu unternehmen, wurde beschlossen, von dem Wechsel der Versammlungsorte abzusehen und in Zukunft alle Verbandsversammlungen in Dippoldiswalde abzuhalten. Auf der letzten Hauptversammlung in Glauchau ist der Beitrag zum Landesverband einschl. Bundesbeitrag auf 120 M. für das Mitglied festgesetzt worden. Der fleißige Verband muß in folgender Weise seinen Beitrag, von dem jener bestritten wird, auch erhöhen und setzte man ihn "folgendemmaßen fest: Nicht-Saalechter 150 M., Besther kleiner Säle 200 M., solche großer Säle 300 M.", gültig ab 1. Januar 1923. Die Preise für echtes Kulmbacher und echtes Münchner sind wieder von den Brauereien aus dermaßen bedeutend erhöht worden, daß echtes bayerisches Bier zu führen nicht mehr lohnt. Man setzte daher keinen Preis fest, sondern überließ dem einzelnen, der doch noch solche Biere ausschänken sollte, die Preisfestsetzung. Endlich kam noch eine Anregung dahin, den Verband in Unterbezirke einzuteilen, die zu den Versammlungen Abordnungen zu schicken haben. Man will dadurch erreichen, daß die Versammlungen aus allen Teilen des Bezirks besucht und die gesuchten Beschlüsse den einzelnen Kollegen schnell zugänglich gemacht werden. Diesem Vorschlag soll Folge gegeben werden, wie auch dem weiteren,

in nächster Zeit ein Vergnügen zu veranstalten. Der Vorstand wurde beauftragt, hierzu einen Plan auszuarbeiten. Einzelne kleinere Fragen standen noch Erledigung, dann trennte man sich in der Hoffnung, daß die nächste Versammlung besseren Besuch aufweisen kann.

Nach dem letzten Missionsfest in Ripsdorf konnte sich Fr. Frentzel-Leipzig einer besonderen Ehre erfreuen, indem ihr eine Missionsfreundin in liebvoller Weise auf einige Tage Unterkunft in ihrer Villa anbot. Vor geladenen Gästen erzählte Fr. Frentzel noch mancherlei von ihren Erlebnissen in Indien, und als sie sich dann in ihr Schlafgemach begab, fand sie auf dem Tische einen frischen Blumenstrauß, während draußen die schiedenden Gäste zum Dank verschiedene Lieder anstimmten.

Ruppendorf. Beim Himbeer-Suchen wurde am Sonntag der Sohn Karl des Gutsbesitzers Otto Menzer von hier von einer Kreuzotter in den Fuß gebissen. Herzlicher Hilfe gelang es, Lebensgefahr abzuwenden.

Göllingen. Wie schon erwähnt, begeht Geising am nächsten Sonntag die Gedächtnisfeier des 200. Todestages seines großen Sohnes, des Thomastantors in Leipzig Johann Kuhnau. Für den Sonnabend ist eine Begrüßungsfeier vorgesehen, zu der außer musikalischen Darbietungen und Festrede das einzige Theaterstück des Gesellen, die "Bierfelderkomödie", zur Darstellung gelangt. Am Sonntag findet Festgottesdienst und nachmittags 3 Uhr ein Kirchenkonzert in der Stadtkirche statt, bei dem Kuhnau'sche Kompositionen zur Aufführung gelangen. Zum Schluß ist eine Feier am Geburtshause, an welchem eine Gedächtnistafel enthüllt werden soll, vorgesehen.

Am 20. August begeht die hiesige freiwillige Feuerwehr das Fest ihres 40jährigen Bestehens in einfacher Weise.

Dresden. Der verhaftete Buchmacher Blume ist ein "schwerer Inne". Er beabsichtigte die Ermordung eines Geldbrieftäters. Die Tat mißlang, weil der Postbeamte zu der gedachten Zeit nicht in dem betreffenden Grundstück erschien, wohin Blume eine singulierte Wertsendung adressiert hatte und wo er auf der Treppe wartete. Er hatte kleine Geldscheine auf der Treppe verstreut in der Annahme, daß der Geldbrieftäter sich darnach bilden werde. Bei dieser Gelegenheit sollte der Mord geschehen. Blume hat eingestanden, in Berlin zwei Geldbrieftäter und eine Zimmervermieterin bereits ermordet zu haben. In Dresden gab er sich als Schriftsteller Ellers aus. Als solcher hat er das englische Lustspiel "Simill" übersetzt und umgearbeitet, das vor einiger Zeit im Alberttheater aufgeführt wurde.

Die kommunistische Landtagsfraktion hat an den Landtagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem sie unter Hinweis auf die Vorgänge in Bayern die sofortige Einberufung des sächsischen Landtages verlangt. Ein gleiches Schreiben richtete sie auch an die beiden sozialistischen Fraktionen. Ob der Landtagspräsident dem kommunistischen Antrag stattgeben wird, ist allerdings zweifelhaft.

Am 1. August wurde das von der Stadt in der Johann-Vorstadt mit einem Kostenaufwand von 3,8 Mill. Mark neuerrichtete Licht- und Luftbad "Anton's" eröffnet. Das Bad umfaßt ein Areal von 3,2 Hektar und ist für etwa 2000 Personen eingerichtet.

Leipzig. Als Zeichen der Dankbarkeit stiftete vor Jahren die Deutsche Turnerschaft ihrem ratslosen Führer Dr. Goeh, dem langjährigen Vorsitzenden der D. T. das Haus, in dem er wohnte. Nach Goeh's Tode ist dieses Haus draußen in Lindenau, das noch heute Eigentum der D. T. ist, wiederholt der Anlaß zu Auseinandersetzungen gewesen. Der Haupthausschuh hat sich mehrmals für einen Verkauf des Hauses ausgesprochen. Leipzigs und Sachsen's Turner aber wünschen Erhaltung dieser Erinnerungsstätte für die D. T. Der Männerturnverein Leipzig-Lindenau, dessen Mitglied und Vorsitzender Goeh war, müßt sich seit Jahren um die Erhaltung des Goeh-Hauses bemüht. Nahezu 50 000 M. hat er zum Kauf des Hauses angehäuft und beantragt nun durch den sächsischen Turnkreis, ihm dieses Haus käuflich zu überlassen, um daraus eine Erinnerungsstätte für den Turnvater Goeh zu schaffen. Noch in dieser Woche wird der Haupthausschuh der D. T. über diese Frage entscheiden. Über die Verwendung des Hauses sind feste Beschlüsse noch nicht gefaßt.

Chemnitz. Von der Kriminalabteilung wurden hier festgenommen ein 18 Jahre alter arbeits- und wohnungsloser Laufbursche aus Karlsruhe und ein 17 Jahre alter arbeits- und wohnungsloser Schuhmacher aus Ebingen, die in Stuttgart gemeinschaftlich einer Bank 58 000 M. unterschlagen haben und dann, mit Schuhwaffen ausgerüstet, im Reiche umhergezogen sind. Von der unterschlagenen Summe hatten sie nichts mehr im Besitz.

## Ententeräume im Orient.

In den letzten Monaten war der Orient infolge der Konferenz von Sevres und der sich aus dieser und dem deutschen Reparationsproblem ergebenden Weltfragen etwas in den Hintergrund getreten. Nun hat das überraschende Vorgehen der Griechen gegen Konstantinopel wieder die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf den nahen Osten gelenkt. Einer wirklichen Ruhe hat sich dieser ewige Wetterwinkel im Südosten Europas eigentlich nie erfreut. Schon vor dem Kriege war der Balkan stets der Schauplatz blutiger Kämpfe; dann kam der Weltkrieg mit seinen großen Umwälzungen und nach dem Kriege kam der Nähe Osten erst recht nicht zur Ruhe. Der türkische „Friede“ von Sevres im Jahre 1920, der für das Osmanische Reich den Verlust von Thrakien mit Gallipoli, Armenien, Smyrna, Bizilien, Melopotamien, Palästina und Syrien bedeutete, wurde von den türkischen Nationalisten nicht anerkannt. Unter der Führung des tatkärfstigen Mustapha Kemal Pascha nahm die türkische Nationalregierung von Angora den Kampf gegen die Gegner des Reiches, besonders gegen Griechenland, dem der Hauptteil der Beute zugesunken war, auf. Friedensvorschläge der Alliierten wurden von den Kriegsführenden nicht beachtet, da in der Entente selbst keine Einigung über die Lösung der Orientfrage zu stande kam.

Um sich die Vorteile des Friedens von Sevres endgültig zu sichern, haben sich die Griechen jetzt zu einer energischen Aktion entschlossen, die nichts weniger als die Besiegung der türkischen Hauptstadt und der Meerenge zum Ziel haben soll. Als treibende Kraft steht hinter Griechenland zweifellos die englische Orientpolitik, die durch diesen Vorstoß gegen die Türken gleichzeitig die französischen Orientpläne zerstören will. Es handelt sich nämlich letzten Endes bei dem griechisch-türkischen Konflikt um nichts anderes wie um den alten französisch-englischen Interessenkonflikt. In Konstantinopel ringen England und Frankreich um die Vorherrschaft im Orient. Mit Mühe und Not hatten sich die beiden Mächte bei der Kriegsraubverteilung in Sevres geeinigt, doch durch den hartnäckigen Widerstand der Türken wurde ihnen ein großer Strich durch die Rechnung gemacht. Nun steht der unterirdische Kampf zwischen England und Frankreich ein. Englands Sympathie neigte ganz unverhohlen auf Seiten von Athen, während Frankreich die Partei der Türken ergriff und schließlich einen geheimen Vertrag mit Kemal Pascha schloss, der den Franzosen erhebliche wirtschaftliche Vorteile in Kleinasien zusicherte. Die englische Politik ist daraufhin zum Gegenangriff übergegangen, und zwar setzte sie gleich auf zwei Karten. Sie macht jetzt nicht nur Griechenland seinem Nutzen nutzbar, indem es die Bedrohung Konstantinopels durch die Griechen zuläßt, sondern sie nähert sich auch Angora und sucht unter gesuchter Nutzung ihrer Beziehungen zu Sowjetrußland den französischen Einfluss bei der türkischen Nationalregierung in Angora zu untergraben.

Ob England mit diesem Doppelspiel Erfolg haben wird, ist eine andere Frage. Bei der Londoner Begegnung am nächsten Montag wird es sich herausstellen, ob Lloyd George nicht wieder einmal der französischen Gewaltspolitik gegen Deutschland freies Spiel lädt, indes die geschäftstüchtigen Engländer im Orient auf ihre Kosten zu kommen suchen.

## Regierung und Volk.

### Geschlossene Front nach außen.

Die letzte Note Poincarés ist von den Mitgliedern der Reichsregierung eingehend besprochen worden. Das Kabinett ist übereinstimmend der Auffassung, daß nach wie vor ein Grund zur Änderung der Auffassung, die in der letzten Note an die französische Regierung wiedergegeben wurde, nicht besteht und infolfern eine Begehung der französischen Forderungen zu dem angegebenen Termin nicht in Frage kommen kann.

Wenige Stunden nach der Kabinettsbildung fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Beratung sämtlicher Parteiführer ausschließlich der Kommunisten statt. Nach dem amtlichen Bericht stimmten die Parteiführer mit der Regierung darin völlig überein, daß die gespannte innere und auswärtige Lage des Reiches die ruhige Entschlossenheit der Regierung und des ganzen Volkes erfordert.

Ob eine Note an Poincaré abgeschickt werden soll, ist Sache des Kabinetts. Man kann aber annehmen, daß die Reichsregierung es nicht darauf ankommen läßt, abzuwarten. Sie wird in ihrer Antwort nochmals erklären, daß in der Ausgleichsfrage Deutschland nur Zahlungsselektierungen verlangt hat, daß man also unmöglich von einer Nichterfüllung seiner Verpflichtungen vor dem 15. August sprechen könne und infolgedessen seine Veranlassung zu Sanctionen vorliege, die Poincaré in seinem Schreiben ankündigte.

**Einstellung des Devisenkaufs für Reparationszwecke.**  
Wie verlautet, hat die Reichsregierung in Anbricht des katastrophalen Marksturzes sich veranlaßt gesehen, den Devisenkauf für die Reparationsleistungen einzustellen. Schon aus diesem Umstande geht hervor, wie ungeheuer schwierig die augenblickliche Lage ist. Für die Reparationsleistungen steht im Augenblide nur eine geringe Devisenmenge zur Verfügung.

### Poincarés Sanctionspläne.

Nach dem „Intransigeant“ soll Poincaré bei den in seiner Note über die Frage der Ausgleichszahlungen angedrohten Zwangsmassnahmen an die Beschlagnahme des Besitzes einiger deutscher Großindustrieller im besetzten Rheinland oder auch an die Beschlagnahme des Besitzes deutscher Staatsangehöriger gedacht haben, die gegenwärtig in Elsaß-Lothringen wohnen. Hierzu könnten polizeiliche Besiegungsmassnahmen im Ruhrgebiet kommen.

Im Gegensatz hierzu meint die „Chicago Tribune“,

die Beschlagnahme von Industriebetrieben im Ruhrgebiet würde die Verwendung von Truppen erfordern und sei deshalb unwahrscheinlich. Das „Journal“ erklärt sogar, die ersten Zwangsmassnahmen seien „genugt.“

## Die bayerische Antwort.

Graf Verchenfeld nach Berlin gebeten.

Der bayerische Gesandte in Berlin v. Preger hat am Donnerstag dem Reichspräsidenten die Antwort der bayerischen Regierung überbracht. Die bayerische Regierung betont, daß sich die von ihr erlassenen Verordnungen im wesentlichen mit den im Gesetz zum Schutz der Republik enthaltenen Bestimmungen decken. Sie fordert aber Garantien für die Wahrung der ihr zustehenden Hoheitsrechte. Der Reichskanzler hat sich darauf sofort zu einer Besprechung der Lage zum Reichspräsidenten begeben, und dieser hat im Einvernehmen mit dem Reichskanzler an den bayerischen Ministerpräsidenten die Bitte richten lassen, zu Besprechungen nach Berlin zu kommen.

### Der Inhalt der Note.

Die bayerische Regierung begrüßt zunächst den Wunsch des Reichspräsidenten, die Aufhebung der bayerischen Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vermieden zu sehen; da auch die bayerische Regierung in der Ausschaltung des Zwanges die einzige Möglichkeit erblickt, den Streitfall ohne Schaden für das deutsche Vaterland zu schlichten. Graf Verchenfeld tritt dann der Auffassung der Reichsregierung entgegen, daß die bayerische Verordnung der verfassungsmäßigen Grundlage entbehre. Die Verordnung sei eine Abwehrmaßnahme, zu der die bayerische Regierung als die verantwortliche Hüterin der verfassungsmäßigen Ordnung innerhalb ihres Gebietes durch die klare Erkenntnis eines staatsrechtlichen Notstandes gezwungen sei. In der Tat seien trog ihrer Vorstellungen und Warnungen wichtige bündestatliche Hoheitsrechte durch die neuen Gesetze beeinträchtigt worden. Es müsse eine Rechtslage geschaffen werden, die auch der bayerischen Staatsnotwendigkeit entspreche. Hierzu die Hand zu bleiten, sei die bayerische Regierung jederzeit bereit; sie habe den dringenden Wunsch, über die Beliebung des lebigen Falles hinaus die Wurzel künftiger Konflikte zu beseitigen und damit den Beziehungen zwischen Reich und Ländern dauernd zu dienen.

Graf Verchenfeld spricht schließlich den Wunsch aus, daß mit der tatkärfstigen Hilfe des Reichspräsidenten ein Weg sich finden möge, um eine entsprechende Sicherheit für die Zukunft zu erhalten und zwar durch Vorschriften, die eine dauernde Bürgschaft dafür böten, daß Hoheitsrechte der Länder nicht ohne deren Zustimmung befehligt oder eingeschränkt werden könnten.

Die bayerische Note schließt mit der Versicherung des bayerischen Ministerpräsidenten, daß Regierung und Volk in Bayern ernstlich gewillt seien, das deutsche Reich vor Erschütterungen zu bewahren, die zu vermeiden gerade in dieser Zeit außenpolitischer Spannung gemeinsame Pflicht sei.

Es ist nur zu wünschen, daß die weiteren Verhandlungen, die mit der Berufung des Grafen Verchenfeld nach Berlin beginnen werden, in demselben Geiste ehrlichen Verständigungswillens geführt werden, der den Brief des Reichspräsidenten ebenso auszeichnet, wie die Antwort des bayerischen Kabinetts, und der der schweren Lage, in der sich Deutschland befindet, mit vollem Ernst Rechnung trägt.

## Ein französischer Reparationsplan.

Französische Vorschläge für die Londoner Konferenz.

Um nächsten Montag werden der französische Ministerpräsident Poincaré, der belgische Minister Théunis und der neuernannte italienische Außenminister Sianzer in London eintreffen, um gemeinsam mit Lloyd George über den deutschen Stundungsantrag für die Reparations- und Ausgleichszahlungen zu beraten. Doch dürfte sich die Londoner Konferenz nicht mit der Erörterung der Moratoriumsfrage begnügen, vielmehr wird bei der Auseinanderstellung der alliierten Staatsmänner voraussichtlich das gesamte Reparationsproblem von neuem aufgerollt werden. Die Pariser Presse berichtet nämlich über einen französischen Reparationsplan, den Poincaré höchstwahrscheinlich in der nächsten Woche in London entwerfen werde.

Nach dem „Petit Parisien“ sollen nach dem französischen Projekt nur die 50 Milliarden Goldmark der Obligationen Reihe A und B von Deutschland gefordert werden, während die übrigen der Reihe C schrittweise im Verhältnis zu den deutschen Zahlungen und der gleichzeitigen Herabsetzung der internationalen Schulden zu verteilen wären. Der ganze Betrag der 50 Milliarden Goldmark soll für die Reparation der Schäden verwendet werden. Die Flüssigmachung dieser Summe soll durch internationale Anleihen erfolgen. Als Bedingung für die Herabsetzung der deutschen Schuld auf 50 Milliarden würde Frankreich eine strenge Kontrolle der deutschen Finanzen und „Maßnahmen zur Sanierung“ fordern. Solche wären: eine Währungsreform zur Stabilisierung der Mark, die Goldkontrolle und Beschlagnahme z. B. von 25 Prozent vom Kapital der deutschen Industriegesellschaften zur Schaffung eines Pfandes für Anleihen und Stabilisierungsoperationen.

Die Besprechung zwischen Lloyd George und Poincaré soll am Montag sofort nach der Ankunft des französischen Ministerpräsidenten in Dow-

ningstreet beginnen. Diese Konferenz wird in englischen Regierungskreisen als Vorspiel für wichtigere Verhandlungen angesehen, in denen das Bankier-Komitee wieder eine Rolle spielen wird. Außerdem glaubt man, daß die späteren Konferenzen aller Voraussicht nach den Weg ebnen werden, um eine große internationale Konferenz einzuberufen, zu der Amerika ebenfalls eingeladen wird, oder aber bei welcher Gelegenheit Amerika gebeten wird, die Konferenz nach Washington selbst einzubetreuen.

## Amerikas Ablehnung.

Jeder Dollar muß zurückgezahlt werden.

In französischen Kreisen wird Balfours Reparationsnote vielfach aufgefaßt als eine verschleierte Aufforderung an die amerikanische Regierung, die britischen Schulden zu annullieren. In Amerika will man jedoch von einer Streichung der alliierten Kriegsschulden nichts wissen.

Eine Exchange-Meldung aus Washington besagt, die Hände des Präsidenten Harding seien gebunden, da eine Annulierung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten eines neuen Gesetzes bedürfen würde. Das Gesetz, betreffend die Errichtung der Schuldenfundierungskommission besagt, daß jeder Dollar, der den Vereinigten Staaten geschuldet sei, zurückgezahlt werden müsse. Wenn die Regierung beabsichtigen würde, Verhandlungen bezüglich einer gegenseitigen Annulierung von Schulden aufzunehmen, so würde der Präsident den Kongress ersuchen müssen, das gegenwärtige Gesetz abzuändern. Ein solche Tat würde auf politischen Selbstmord hinauslaufen. Dies sei eine Zusammenfassung des Urteils der offiziellen Kreise in Washington nach Eintreffen der Nachricht über die Balfournote.

Nach einer weiteren Exchange-Meldung aus New York sagte Senator McCumber, der Vorsitzende des Finanzausschusses: Wir werden niemals die Schulden annullieren. Eine solche Maßnahme würde nie vom Senat angenommen und niemals vom amerikanischen Volke gebilligt werden. Senator Watson ein Mitglied des Finanzausschusses, erklärte: Kein Vorschlag, unsere Unprüche gegenüber England zu annullieren, würde vom Finanzausschuß des Senates in den nächsten hundert Jahren angenommen werden. Selbst wenn aber der Ausschuß zustimmen würde würde ein solches Gesetz niemals vom Senat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung gebilligt werden. Das amerikanische Volk würde in seiner überwältigenden Mehrheit gegen einen solchen Vorschlag sein.

Die Schulden an Amerika — eine britische Ehrenschuld.

Am übrigen hat, wie die englische Presse betont, die Note Balfours ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die britische Regierung die Schulden an Amerika als eine Ehrenschuld ansiehe, die abgezahlt werden müsse. Balfour habe beim Entwurf seiner Note besonderen Wert darauf gelegt, den Eindruck zu vermeiden, als ob Großbritannien die Zahlung seiner Schulden an Amerika umgehen wolle. Auf der anderen Seite hätten die Alliierten bisher noch nicht zu erkennen gegeben, daß Großbritannien gegenüber in gleicher Weise zu handeln beabsichtigen. „Star“ meldet, in englischen Finanzkreisen und in der Geschäftswelt sei die Note Balfours über die alliierten Schulden sehr günstig aufgenommen worden.

## Die Bedrohung Konstantinopels.

Scharmüller an der Tschadaldschawlinie.

Trotz des anscheinend energetischen Eingreifens der Alliierten haben die Griechen ihre Angriffspläne gegen Konstantinopel nicht aufgegeben. An der Tschadaldschawlinie, der bekannten 40 Kilometer westlich von Konstantinopel gelegenen, sitzt in einer Ausdehnung von 25 Kilometern zwischen dem Marmara- und dem Schwarzen Meer hinziehenden befestigten Stellung, die während des Krieges unter deutscher Leitung als moderne Feldbefestigung ausgebaut worden ist, kommt es täglich zu Schermüllern zwischen griechischen Vorposten und türkischen Gendarmen.

Über die Grenzwässerfälle wird im einzelnen gemeldet: In der Gegend von Kursalü überquert eine Abteilung griechischer Kavalleristen die Grenzlinie und geriet mit türkischer Gendarmerie in ein Feuergefecht. Unter Zurücklassung dreier Toten und eines Bewunderten zogen sich die Griechen über die Grenze zurück. Weiter drangen zwei griechische Kavallerie- und Infanteriepatrouillen in die neutrale Zone ein, wo sie sich in einem Bauerngut, 500 Meter von der Grenzlinie entfernt, festzogen.

Die Zusammenziehung der griechischen Truppen in Ostthrakien dauert an. Es werden aber von den Alliierten militärische Vorbereitungen zu Lande und zu Wasser getroffen, um jedem Vordringen der Griechen über die Grenzlinie Widerstand zu leisten.

Unter der türkischen Bevölkerung von Konstantinopel herrscht infolge der Bedrohung der Stadt durch die Griechen eine starke Panik. Die Bewohner der europäischen Küste am Marmarameer versuchen auf das asiatische Ufer zu gelangen, so daß die Internationale Polizei die Verbindung zwischen den beiden Küsten absperren mußte.

## Politische Rundschau.

Berlin, den 4. August 1922.

Der Reichspräsident empfing den peruanischen Gesandten, der ein Handschreiben des peruanischen Präsidenten überreichte, worin dieser seinen Dank für die Teilnahme Deutschlands an der Hundertjahrfeier Perus zum Ausdruck bringt.

Der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Streiter hat im Reichstage eine Anfrage eingereicht, wann

die Reichsregierung dem Reichstage das seit Monaten in Aussicht gestellte Reichsgesetz über die Ausübung der Kranken-, Kindergesundheits- und Wohlfahrtspflege zugehen lasse.

— Gegen die Stimmen der Demokraten und der Sozialisten genehmigte der Geschäftsausschuss des bayerischen Landtages, daß ein Reichsverschaffungsgesetz gegen den bauernbündlerischen Abgeordneten Sandorfer durchgeführt wird.

— Die sächsische Regierung wird gemeinsam mit Baden und Württemberg gegen die Umwandlung der Eisenbahndirektion von Karlsruhe, Stuttgart und Dresden in Reichsbahndirektionen bei der Reichsregierung Vorstellungen erheben.

— Frankreich mit dem Saarparlament unzufrieden. Die Tätigkeit des neugeschaffenen saarländischen Landesrats scheint den Franzosen auf die Nerven gefallen zu sein. Der Vorsitzende der Finanzkommission der französischen Kammer, Abg. Dartac, der vor einiger Zeit an der Spitze einer Enquête-kommission das besetzte Rheinland und das Saargebiet bereist und hierüber Bericht erstattet hat, bezeichnete neuerdings in einem Briefe an Poincaré die Kundgebungen der ersten Sitzung der beratenden Versammlung des Saargebiets vom 20. Juli als „ausgeschlossen französisch“. Er erklärt die Verordnung der Regierungskommission des Saargebiets, durch welche die beratende Versammlung geschaffen wurde, für inopportunit, wenn nicht gesetzwidrig und bittet um Mitteilung der Maßnahmen, die der Ministerpräsident dem Volksbundsrat vorzuschlagen gedenkt, um eine Wiederholung von Missfällen zu vermeiden, durch die die Zukunft der französischen Politik im Saargebiet ernstlich gefährdet würde. — Ministerpräsident Poincaré hat daraufhin den Vorsitzenden der Regierungskommission für das Saargebiet, Rault, empfangen. — Im Saargebiet wird man dem neuen Schlag, den die Franzosen dem Saargebiet offenbar zu versetzen gedenken, entschlossen und ruhig entgegensehen.

— Protest gegen die Besetzung der Regierungspräsidenten in Koblenz und Münster. Der Vorstand und die Kreisdelegierten des Zentrums haben schärfsten Widerspruch gegen die in Aussicht genommene Ernennung des Sozialdemokraten Baucknecht zum Regierungspräsidenten in Koblenz erhoben. In der Entschließung heißt es, die zu 80 Prozent bürgerliche Bevölkerung, der bürgerliche Mittelstand und die christliche Arbeitnehmerschaft wehren sich empört dagegen, daß ein Sozialdemokrat an die Spitze des Bezirks gerufen werden soll, in der die Sozialdemokratie eine geringe Bedeutung habe. Die ganze überwiegend ländliche und ländliche Bevölkerung wünsche in einem sozialistischen Regierungspräsidenten nur einen Gegner ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Interessen erblicken. — Der Provinzialausschuß für Westfalen hat es zunächst abgelehnt, sein Einvernehmen zu erklären mit dem Vorhaben der Staatsregierung, Landrat Dr. Nombacher in Düren zum Regierungspräsidenten in Münster zu ernennen. Der Provinzialausschuß behält sich seine Stellungnahme vor, bis eine Klärung über die vorgeschlagene Persönlichkeit herbeiführt wird. Es ist eine Kommission gewählt worden, die in Nähe mit den Berliner zuständigen Stellen die Angelegenheit beraten wird.

— Amtsenthebung des Landrats von Teutsch-Schlesien. Der Landrat von Preußisch-Schlesien, Rappert, ist entlassen worden. Es heißt, daß diese Entlassung mit einem Nachruf zusammenhängt, den Rappert im Kreistag auf den verstorbenen Landshofdienstleiter Kapfgrathen hat. Die Sozialdemokraten und Demokraten hatten seinerzeit einen Misstrauensantrag angenommen.

— Das japanische Kriegsministerium hat einen neuen Plan zur Herabsetzung des Militärbudgets veröffentlicht. Die Ausgaben für das Jahr 1928 werden um 40 Millionen Yen reduziert.

— Lord Curzon hat seinen Posten im englischen Außenministerium, den Graf Balfour solange versehen hatte, wieder eingenommen.

— Der Sekretär des Führers der irischen Russlandischen Republikaner, Dr. Valera Horan, ist der bei seiner Gefangennahme erlittenen Verwundung erlegen.

— Das chinesische Parlament ist nach einer mehrjährigen Unterbrechung wieder zusammengetreten.

#### Polen: Der verärgerte Koranski.

— Koranski, der oberschlesische Landesführer, der während der polnischen Kabinettssitzung ausdrücklich auf das Ministerpräsidentenposten in Polen hoffte, ist über das Mißlingen seiner Mission natürlich aussichtslos erostet und erläutert in seiner Mut in Katowice ein Manifest, worin er die Geschichte seiner verunglückten Regierungsbildung schildert und Pilsudski's Verfahren angreift. Abschließend heißt es in Polen, der Staatschef sei einem Misstrauensvotum nur dank den nichtpolnischen und staatsfeindlichen Stimmen entgangen. Die Sejminte, verbunden mit den nichtpolnischen und staatsfeindlichen Elementen, habe das Recht mit führen getreten. Der Kampf um das Recht sei nicht zu Ende.

#### Ungarn: Belästigung der Devisenpaketulation.

— Die Budapester Regierung hat beschlossen, angesichts der jüngsten Ereignisse an der Börse unter der Leitung des Noteninstituts eine Devisenzentrale zu errichten und den Devisen- und Balancenverkehr einzuschränken. Die Verordnung erscheint in den nächsten Tagen. Der Balancen- und Devisenverkehr an der Börse wurde bereits am 8. August bis auf weiteres verboten.

#### Italien: Der abschauende Generalsstreik.

— Der Generalstreik in Italien dauert nur noch teilweise fort. Die öffentlichen Betriebe sind überall in Tätigkeit. Die Eisenbahnlinie verkehren planmäßig. In Savona wurde ein Passant von einem unbekannten erschossen. Am Rom herrscht vollkommenes Ruhe. Die meisten öffentlichen Verkehrsanstalten nehmen ihren regelmäßigen Betrieb wieder auf. Der Streik wird fast allgemein verurteilt. — Der neue Ministerpräsident Facta hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er sagt, die Regierung sei ihm von neuem in einem Augenblick übertraut worden, da Einigkeit in aller in dem festen Vorfall, nur dem Lande treu zu dienen, mehr als je erforderlich sei. Unruhen gegen den inneren Frieden, von welcher Partei sie auch ausgehen, stellen einen Angriff auf das Wohl der Nation dar.

#### Sowjet-Russland: 27 Sowjet-Republiken.

— Auf der neuen amtlichen Karte von Sowjet-Russland werden nicht weniger als 27 selbständige Sowjetrepubliken

verzeichnet, die nie zum russischen Staatenbund unter dem Namen „Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik“ oder abgekürzt R. S. F. S. R. zusammengeschlossen haben.

#### Vereinigte Staaten: Die Eisenbahnhuhen Jahren trok des Streiks.

— Die Eisenbahnpräsidenten, die den Vorschlag des Präsidenten Harding betreffend die Wiedereinführung des Ausständigen abgelehnt, aber sich gleichzeitig bereit erklärt haben, die Entscheidung des Arbeitsamtes über die Wöhne anzuerkennen und keine gerichtlichen Schritte anlässlich des Streiks zu unternehmen, haben erklärt, sie beabsichtigen, den Eisenbahnverkehr mit den zur Verfügung stehenden Kräften weiter in Gang zu halten.

#### Die Gutschrift gegnerischer Forderungen.

— Berlin, 3. August. Gegenüber dem von der Entente erhobenen Vorwurf, daß das Reichsausgleichsamt die Anerkennung und Gutschrift gegnerischer Ausgleichsforderungen bewußt verzögerte, wird von zuständiger Stelle betont, daß das Reichsausgleichsamt in der Gutschrift gegnerischer Forderungen den alliierten Ausgleichsämtern weit voraus ist. Nach dem Stand vom 30. Juli 1922 hatte England Deutschland gegenüber anerkannt und gutgeschrieben: 22,99 Prozent der dem gegnerischen Ausgleichsamt mitgeteilten Forderungsbeträge, Deutschland England gegenüber anerkannt 48,60 Prozent, Frankreich Deutschland gegenüber anerkannt und gutgeschrieben: 25,77 Prozent, Deutschland Frankreich gegenüber anerkannt und gutgeschrieben: 55,54 Prozent, Elsaß-Lothringen Deutschland gegenüber anerkannt und gutgeschrieben: 4,20 Prozent.

#### Kein Verbot des Devisenhandels.

— Berlin, 3. August. Wie von amtlicher Seite festgestellt wird, beruht das an der Börse verbreitete Gerücht vom Verbot des Devisenhandels völlig auf Erfahrung. Auch die Meldung, wonach die Reichsregierung in Anbetracht des Marksturzes den Devisenauflauf für die Reparationsleistungen habe einstellen müssen, wird als ungutstellend bezeichnet. Soweit in diesen Tagen tatsächlich keine Debiten von der Reichsregierung gekauft worden seien, erkläre sich dies automatisch aus dem derzeitigen Markturs. Daraus verstehe sich von selbst, daß im Falle eines Steigens des Kurses die Devisenkäufe wieder aufgenommen werden.

#### Die Reichspostverwaltung gegen die alten Hoheitszeichen.

— Berlin, 3. August. In einem soeben veröffentlichten Erlass weist der Reichspostminister Giesbertz die Beamtenchaft der Postverwaltung auf die zahlreichen Beschwerden hin, die in letzter Zeit bei den Reichspostministerium eingegangen sind. In diesen Beschwerden wurde lebhafte Klage darüber gefüllt, daß trotz alter Verwaltungsanordnungen auf Posthäusern Schilder, Siegel- und Verschlussmarken, Stempel, Postbrüder usw. Hoheitszeichen der früheren Staatsform entweder gar nicht oder so ungenügend getilgt worden sind, daß diese unzulässigen Zeichen später wieder zum Vorscheine kommen, in den Diensträumen Bildwirke, deren Verbleib in amtlichen Räumen als Widerprüfung gegen die Republik angesehen wird, noch immer nicht entfernt worden sind. Die Beamten werden aufgefordert, die ergangenen Befehle genau zu beachten und mit größter Sorgfalt alles zu verhindern, was der Reichspostverwaltung und ihren Organen „als Widerstand gegen republikanische Einrichtungen“ deuten werden kann.

#### Aushebung eines Zeitungsverbotes.

— Berlin, 3. August. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erfährt, wird der auf drei Wochen verbote gewesene „Berliner Volksanzeiger“ Sonntag früh wieder erscheinen. Diese Maßnahme stellt eine Widerumsetzung des Verbotes dar, zu der sich der Minister auf Gründ einer Erklärung veranlaßt gesezen hat, die das Blatt in seiner ersten wiedererscheinenden Nummer veröffentlichten wird.

#### Die Kämpferin der deutschen Frauenbewegung gestorben.

— Berlin, 3. August. Minna Cauer, die Kämpferin der deutschen Frauenbewegung, ist hier gestorben. Am Jahre 1894 berief sie als erste eine öffentliche Versammlung für das Frauenstimmrecht in Deutschland ein; im folgenden Jahre begründete sie ihre Zeitschrift „Die Frauenbewegung“, in der sie ein Vierteljahrhundert lang die Forderung des Frauenstimmrechts mit Temperament vertrat. In den Jahren seit der Revolution hatte sich Minna Cauer aufgerichtet, weil sie ihre eigentlichen Lebensziele durch die Gewährung der Gleichberechtigung an die Frau erfüllt sah.

#### Die Denkmaleinweihung in Celle verboten.

— Celle, 3. August. Durch Verfügung des Oberpräsidenten Noske ist die für den 6. August geplante Einweihung des Denkmals für die 1000 Gefallenen des Infanterieregiments 77 ebenso wie der Trauergottesdienst in der Stadtkirche verboten worden.

#### Waffenruhe in der Provinz.

— Hannover, 3. August. In den Orten Hesse und Wennepepe sind bei Bandvögeln etwa 50 Infanteriegeschütze und mehrere Maschinengewehre beschlagnahmt worden. Nach Aussage der Landwirte handelt es sich um Waffen, die vor Jahren von Generalkommando zur Bildung und Ausrüstung von Einwohnerwehren geliefert wurden sind.

#### Aus Stadt und Land.

— Seltsamer Studententod in Jena. Nachdem er Jena der Student Freydanck noch in ruhiger Unterhaltung mit Bundesbildern gesehen wurde, von denen er sich verabschiedete, um nach Hause zu gehen, fand man ihn später bewußtlos im Hof seines Hauses auf. Er ist vermutlich aus dem Treppensturz in den Hof gestürzt. Nach dem Aussagen der Ärzte erscheint es zweifellos, daß die Kopfverletzungen nun von dem Sturz herrühren. Der Student ist, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, in die Klinik gestorben, so daß der Fall bis jetzt nicht zur Aufklärung kommen konnte. Da das Verhältnis zwischen der Studentenschaft und der Arbeiterchaft

in Jena außerordentlich gespannt ist, wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Freydank von Arbeitern überfallen und erschlagen sein könnte.

— Liebestragödie in Sagan. Im Saganer Stadtpark wurde die aus Sagan stammende Ehefrau des Garnisonoberwachtmeisters W. mit einem Schuß in der rechten Schläfe tot aufgefunden. Neben ihr lag der durch einen Schuß in die rechte Schläfe schwerverletzte Reichsbankpraktikant Windler aus Sagan. Dieser hatte erst die Frau, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, erschossen und sich dann ebenfalls zu erschießen versucht. Er wurde in hoffnungslosem Zustande dem Krankenhaus zugeführt.

— Der Kleinbahnstreik in Holstein. In Kiel fanden Einigungs- und Schlittungsverhandlungen zur Beilegung des Streiks der Kleinbahnen in Holstein statt. Die Verhandlungen endigten mit einem Schiedsvertrag. Es besteht Aussicht, daß dieser von beiden Parteien angenommen wird. — Der Streik der Stettiner Straßenbahnen, der bereits drei Wochen dauert, dauert immer noch an. — Die Kaufmännischen Angestellten von Frankfurt a. M. traten wegen Gehaltsforderungen in den Streik.

— Unwetterkatastrophe in der Provinz Sachsen. Ein verheerendes Unwetter hat in der Provinz Sachsen einen Schaden von ungezählten Millionen angerichtet. In der Umgebung von Bethau liegt das Obst so dicht, daß die Straße nicht befahrbar ist. Die Getreidesfelder sind durch Hagel so verwüstet, daß es den Endpunkt hat, als ob das Getreide an Ort und Stelle gedroschen worden wäre. Die gesamte Obstkarte ist in der Britziger und Leichener Gegend vollständig vernichtet, ebenso die Rüben- und Kartoffelernte bei Raumberg ist vollständig vernichtet. Im weiteren Umkreise sind die elektrischen Licht- und Telefonleitungen zerstört.

— Fabrikbrand in Cottbus. In Cottbus ist das vierstöckige Fabrikgebäude der Firma Rottke niedergebrannt. Das Maschinenhaus und die Villa des Fabrikanten konnten gerettet werden. — In der Zuckerfabrik Cottbus A. G. in Cottbus brach Großfeuer aus, das die Kohlenlager der Werke zerstörte. Die Fabrikgebäude selbst konnten gerettet werden.

— Der falsche Bahnhofsvorsteher. Auf dem Hamburger Bahnhof spielte sich eine Geschichte ab, die lebhaft an den berüchtigten „Hauptmann von Köpenick“ erinnert. Auf dem Stationsbüro erschien ein etwa 88 Jahre alter Eisenbahnbeamter in blauer Uniform mit roter Dienstmütze, um die Bahnhofskasse abzunehmen. Der diensthabende Beamte übergab den angeblichen Bahnhofsvorsteher auch die Kasse mit dem gesamten Inhalt von 187 200 Mark in bar, weil es seiner Ansicht nach nicht im Zweifel war, daß es sich um einen richtigen Beamten handele. Der Mann mit der roten Mütze ist vorläufig verschwunden und das Geld mit ihm. Der Betrug stellte sich einige Tage später heraus, als die Kasse richtig abgenommen werden sollte.

#### Das Geheimnis von Dubschin.

Kriminalroman von Helga Schenck.

(10. Fortsetzung.)

Helene hatte längst bemerkt, daß er sie mit besonderer Hochachtung behandelte, und mochte ihn gern eilen, weil seine feierliche Art, sich zu bewegen, sie anstieß, und etwas in seinen gutmütigen, wasserfaulenen Augen sie stets felsig vertraut anmutete. Ihr war immer, als erinnere er sie an jemand, über sie konnte nicht darauf kommen, an wen.

Monsieur Bastide hatte sie anfangs nur freundlich angesehen. Jetzt aber, da er ihre nassen Augen bemerkte, wurde sein Blick unruhig forschend.

„Sst Mademoiselle nicht wohl?“ fragte er in französischer Sprache halblaut.

„Doch, mir ist ganz wohl,“ antwortete Helene schüchtern, denn die Vertraulichkeit des Kammertisches ärgerte sie ein wenig.

Sie erstaunte aber noch mehr, als er ihr jetzt noch oben folgte, und sich durch einen raschen Blick überzeugend, daß der Korridor leer war, ihr zusätzliche.

„Wenn Mademoiselle Kummer hat — ich bin ein alter Mann und war nicht immer Diener — es würde mir eine Ehre sein, wenn Mademoiselle zu mir käme, falls Sie einmal einen Rat brauchen sollten.“

Helene blieb überrascht stehen.

„Was meinen Sie eigentlich, Herr Bastide? Welchen Rat sollte ich denn brauchen?“

„O, ich dachte nur so. In einem fremden Haus — die Herrschaft ist hier doch sehr eigenartig, und diese slawische Dienerschaft steht auf einer Stufe, daß eine junge Dame sich unmöglich zu ihr herablassen kann. Es könnte ja auch sein, daß Mademoiselle zuweilen jemand brauchen, auf den Sie sich verlassen können — ich meine nur so — zum Beispiel eine Befragung oder einen Brief, den Mademoiselle nicht gerne in den allgemeinen Postkasten legen? In diesem Falle möchte ich Mademoiselle nur darauf aufmerksam machen, daß ich meine eigenen Briefe auch stets selbst abhole und auflege. Ich habe wöchentlich zweimal zu diesem Zweck an die Poststation. Natürlich braucht das niemand — auch die Herrschaft nicht zu wissen. Ich habe mir ausgedacht, jede Woche zweimal einen freien Nachmittag zu haben, und das wurde mir zugestanden: Dienstag und Freitag. Wenn Mademoiselle mir also das Vertrauen schenken —“ er hatte rasch und leise gesprochen, jetzt blickte er sich plötzlich und fuhr laut fort: „Mademoiselle brauchen mir nicht zu danken. Es ist doch meine Pflicht, das Taschentuch zurückzustellen!“

Dabei drückte er Helene ein fremdes Taschentuch in die Hand, machte eine seiner feierlichen Verbeugungen und schritt zur Treppe zurück.

Helene, die ihm sprachlos zugehört hatte, bemerkte erst jetzt, daß drüben am anderen Ende des Körbchens die Gräfin eben aus ihrem Zimmer trat.

Es war gut, daß Buttchen nun doch mische geworden war und nach ihrem Bettchen verlangte, denn

Helene war so benommen von all dem Erlebten, daß sie ihr Versprechen, noch eine Geschichte zu erzählen, jetzt nur schwer erfüllen können.

Sie flügelte also nach dem Stubenmädchen, daß sie Puttchen Abendessen hole und das Kind dann zu Bett bringe.

Während dann Mariana sich mit dem Kinder beschäftigte, stand Helene am Fenster und blickte in Gedanken verloren hinaus.

Je länger sie nachdachte, desto klarer wurde es ihr, daß der Horn des Grafen doch einen tiefen Grund haben mußte, als die bloße Angst, ein Alt der Hartherzigkeit könne gegen seinen Willen im Schloß bekannt werden. Wenn es bloß Bigeuner waren, denen er aus Mitleid eine Unterkunft gegeben, was tat er dann selbst bei ihnen? Solch ein Alt der Gutherzigkeit entsprach ganz und gar nicht seinem Charakter. Helene hatte recht wohl bemerkt, daß er bei seinen Leuten mehr gefürchtet als beliebt war und wunderte sich auch nicht darüber bei seinem hochfahrenden Wesen.

Er hatte ihr vom ersten Augenblick an den Eindruck eines rücksichtslosen Menschen gemacht, dessen äußerliche Liebenswürdigkeit nicht Hergenhäfe, sondern Erziehung war. Wirkliches Gefühl schien er nur für seine Frau zu empfinden, der er allerdings ganz ergeben war; jetzt noch mehr als früher, nachdem aus die kurze Verstimmung damals in Neapel offenbar eine gründliche Auskühlung erfolgt war.

Woher also plötzlich das warme Herz für die armen Bigeuner? Nein, da mußte etwas anderes dahinter stecken. Aber wie Helene auch grubelte, es wollte ihr keine stichhaltige Erklärung einfallen.

Noch etwas beschäftigte sie sehr, das Verhalten des Kammerdieners Bastide, das ebenso dunkel und rätselhaft war wie das des Grafen. Wie kam dieser Mensch dazu, ihr seine Dienste anzubieten — hinter dem Rücken der Herrschaft. Es war fast, als ob er ahnte, daß sie sich seit Tagen schon heimlich den Kopf zerbrach, wie sie den Brief in ihrer Tasche zur Post befürdern sollte. Aber sie konnte doch nicht — und überhaupt — war diesem Bastide zu trauen?

Vielleicht handelte er im Auftrage der Gräfin, die sich überzeugen wollte, ob Helene ihren Befehl in bezug auf Lindemann auch wirklich ausführte? Andererseits aber hatte Bastide so ehrliche Augen und sprach so warm und herzlich, als wünschte er in der Tat, ihr einen Dienst zu erweisen. Und seine Ausdrucksweise war wirklich nicht die eines gewöhnlichen Dieners.

Helene wurde durch ein leises Klopfen an der Tür aus ihren Gedanken gerissen. Als sie „Herein!“ rief, trat ein spindeldürres, ätzliches Mädchen mit einem scharfgeschnittenen Vogelgesicht, über dem sich schwarzes Kraushaar zu Wülsten und Haushen gedreht, wie eine Spitzhaube türmte, ins Zimmer.

„Ist's erlaubt?“ fragte das wunderliche Wesen, das ein großes Schlüsselbund am Gürtel trug, mit spitzen Stimme. „Ich bin nämlich die Mamsell Kathinka, die Beschlegerin hier, und wollte Sie zum Abendbrot bitten, Fräulein.“

Sie knickte lächelte sehr vertraulich und dachte dann nach dem Kinderbett hinüber:

„Unter Puttchen schlafst wohl schon?“

„Ja — ich glaube.“ Helene trat an das Bett und küßte das schlafenden Kind zu ihr aufschlingende Kind zärtlich auf die Stirn. „Gute Nacht, Liebling, schlafe gut.“ (Fortsetzung folgt.)

#### Gedenktitel für den 4. August.

1860 • Der Schriftsteller Anut Hamsun in Gutbrandsdal — 1861 • Der Zoolog und Forschungsreisende W. Küstenhal in Weißensee — 1870 Sieg der Preußen und Bayern über die Franzosen bei Welzenburg — 1875 + Der Dichter H. C. Andersen in Kopenhagen (\* 1805) — 1914 England erklärt Deutschland den Krieg — 1915 + Der Kartographrich Klepert in Lichtenfelde (\* 1846) — Eroberung der Festung Jangorod durch die Österreicher — 1916 Schlacht von Jajozschlach (bis 16. August).

#### Gedenktitel für den 5. August.

1716 Schlagt bei Peterwardein — 1772 Erste Zellung Polens — 1809 Die Tiroler siegen am Stilfser Joch und bei Brune über die Franzosen und Bayern — 1842 • Der Maler Ferdinand von Keller — 1886 + Der Literaturhistoriker Heinrich Siehoff in Trier (\* 1804) — 1889 + Die Schriftstellerin Fanny Lewald in Dresden (\* 1811) — 1901 + Kaiserin Friederich auf Schloss Friedrichshof bei Kronberg (\* 1840) — 1905 + Der Schriftsteller Paul von Schönhan in Wien (\* 1853) — 1915 Die Deutschen besiegen Warschau.

A Berlin, 3. August. (Vörse.) Die Devisen beherrschten nach wie vor die Börse. Alles Interesse ist auf den Dollar gerichtet, der seit Anfang Juli bis jetzt von 400 auf 390 gestiegen ist. Die Entwicklung bewegt sich im österreichischen Fahrwasser. An der heutigen Börse schwankte der Dollar zwischen 890, 865 und 835. Die Gründe sind zweifellos in der politischen Hochspannung, die sich über die ganze Welt gelegt hat, zu suchen.

Der Stand der Märkte. Es kosteten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	3. 8.	2. 8.	1914
100 holländische Gulden	23559	29962	167 — "
100 belgische Franken	—	5932	80 — "
100 dänische Kronen	18227	14679	112 — "
100 schwedische Kronen	22072	20174	112 — "
100 italienische Lire	3900	—	80 — "
1 englisches Pfund	8755	8445	20 — "
1 Dollar	828	778	4.20 "
100 französische Franken	—	6267	80 — "
100 schweizerische Franken	—	14971	80 — "
100 tschechische Kronen	2057	1872	— — "

#### Sächsisches

Nossen. Auf Lebenszeit verpflichtet als Bürgermeister der Stadt Nossen wurde Bürgermeister Dr. Schenk durch Kreishauptmann Dr. Krug von Nidda.

Gassenstein. Eine Ausschüttung der Allgemeinen Ortsfrankfurts beschloß die Festlegung höherer Grundhöhe, der Rendierung der bisherigen Lohnstufeneinteilung und der Grundhöhe sowie Sitzungsänderungen.

Das Kaffee Carola und die Bayrische Bierstube in der Amtsstraße sind jetzt für industrielle Zwecke erworben worden.

Plauen i. V. Als ernste Mahnung für Radfahrer, nachts nicht ohne Beleuchtung der Räder zu fahren, mag ein Vorhommnis dienen, das leicht den Tod eines Menschen herbeiführen kann. Es wird darüber aus Dörsnitz berichtet: Ein Plauener Radler fuhr, oder, wie er sagt, schoß infolge der Dunkelheit, von Dorf kommend, sein Rad. Unweit der Stadt wurde er von einem anderen ohne Licht fahrenden Radler angefahren und durch dessen Schräglage, die er ungeschickt über der Schulter trug, schwer am Kopfe verletzt. Ein Plauener Lastauto, das zufällig an der Unfallstelle vorbeikam, nahm den Verletzten bis zur Polizeiwache mit, wo ihm ein Notverband angelegt wurde. Der Führer des Lastautos lehnte mit der sehr richtigen Begründung die weitere Fahrt bis Plauen ab, er fürchtete, daß der Mann ohne vorherige Hilfe unterwegs verbluten würde. Bei vorschriftsmäßiger Beleuchtung der Räder wäre der verhängnisvolle Zusammenstoß vermieden worden.

Dörsnitz i. V. Das Stadtverordnetenkollegium hat auf Antrag der drei sozialistischen Parteien beschlossen, 1. alle Beamten und Lehrer die monarchisch-nationalistischen Organisationen angehören, sind sofort ohne Pension zu entlassen. 2. Dasselbe wenn die betreffenden auf die Befestigung der Republik oder ihres Führer hinarbeiten. 3. Monarchisch-nationalistische Organisationen sind sofort aufzulösen. 4. Namen von Stränen und Plätzen, die an das monarchistische System erinnern, sind abzuändern.

Jillau. Der Streit der Schansteller und dergl. auf dem höchsten Schützenfestplatz wurde am Montag auch den kleineren Schanzen usw. aufgezwungen. Am Dienstag vormittag wiederholten sich die Verhandlungen mit dem Rat, der nunmehr die Kartensteuer fallen ließ. Darauf wurde der volle Betrieb wieder aufgenommen.

#### Letzte Nachrichten

##### Poincarés Zwangsmahnahmen.

In unterrichteten Pariser Kreisen verlautet, daß Poincaré die Absicht habe, falls Deutschland seinen Beschuß bezüglich der Reparationszahlungen nicht zurückziehen sollte, am 3. August folgende Maßnahmen in Kraft treten zu lassen:

Ausweisung von 80 000 Deutschen aus Elsass-Lothringen. Beschlagnahme aller Güter jugendlichen französischen Staates. Beschlagnahme aller Güter der reichen Kaufleute in linksrheinischen Gebieten und in den Städten Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg, und ferner französische Polizeiaktionen im Ruhrgebiet unter Führung des Generals Messel.

Paris, 3. August. Chicago Tribune schreibt zu den geplanten „Sanktionen“: Das französische Kabinett werde heute oder morgen erst die Entscheidung treffen, ohne daß erste Maßnahmen notwendig seien. Die französische Regierung gedenke die Beschlagnahme durch einen Vollprozeß herbeizuführen, was auch im besetzten Deutschland möglich sei.

##### Wie sie abräumen!

London, 2. August. Daily Mail teilt mit, daß das Komitee für die Verteidigung des britischen Reiches in seiner gestrigen Sitzung beschloß, eine beträchtliche Verstärkung des Luftgeschwaders vorzunehmen. Das Komitee wird die Beschaffung von 15 bis 20 Geschwadern verlangen.

##### Bisher Theaterdonner Lloyd Georges?

Berlin, 3. August. Der Londoner Korrespondent der Deutschen Allg. Zeit. meldet über die Haltung der englischen Regierung zu der durch die Gewaltnotwe Poincarés geschaffenen Lage, England sehe sich tatsächlich außerstande, Frankreich irgendwie von seinem Plan zurückzuhalten. Es sei auch eine von den maßgebenden Stellen eingefandene Tatsache, daß Poincaré sich nicht mehr viel um den Londoner Theaterdonner kümmere. Wie vorsichtig man in London gegenüber Paris geworden ist, geht auch daraus hervor, daß die offizielle englische Presse das Ultimatum des Ministerpräsidenten Poincaré überhaupt mit Stillschweigen übergeht. In den übrigen Städten wird sogar die französische Hege gegen Deutschland nach Kräften unterstützt.

Ein Laib Brot 2200 Kronen. Wien, 4. August. (Telunion.) Hier droht ein neuerliches Steigen des Brotpreises um 300—400 Kronen. Derzeit kostet ein Laib Brot ca. 2200 Kronen.

#### Kirchen-Nachrichten.

Sonntag den 6. August 1922. — 8. Sonntag nach Trinitat. Text: Röm. 8, 12—17. Lied: 427.

Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Sakristei: Sup. Michael. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Sup. Michael. 11 Uhr Kindergottesdienst mit der 1. Abteilung: Sup. Michael.

Schmiedeberg. 1/2 Uhr Predigtgottesdienst. 2 Uhr Taufgottesdienst. Hennersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst.

Schönfeld. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Sädsdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst, anschl. Abendmahl.

10 Uhr Jugendgottesdienst mit den Neukonfirmlingen. Kreischa. 8 Uhr Beichte und Telet des heiligen Abendmahl. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 11 Uhr Kindergottesdienst. 3 Uhr Taufgottesdienst.

Pössendorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Nadler. Im Anschluß daran Beichte und Abendmahlsteller: Derselbe. 2 Uhr Taufgottesdienst: Pfarrer Nadler.

Reichstädt. 1/2 Uhr Predigtgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.

Johnsbach. 1/2 Uhr Predigtgottesdienst. Ripsdorf. 10 Uhr Predigtgottesdienst. 11 Uhr Taufgottesdienst. Pfarrer Friedrich.

Schellerhau. 9 Uhr Predigtgottesdienst, anschl. Abendmahl. Bärenburg. 5 Uhr Predigtgottesdienst in der Kapelle, anschließend Abendmahl.

Ruppendorf. 1/2 Uhr Predigtgottesdienst.

#### Katholischer Gottesdienst.

Bärenburg. 1/10 Uhr Gottesdienst in der katholischen Kapelle.

Baptistengemeinde Schmiedeberg. (Villa Ida.) Jeden Sonntag 9 1/2 Uhr Gottesdienst. 10 1/2 Uhr Sonntagsschule. 4 1/2 Uhr Gottesdienst. — Jeden Donnerstag 7 1/2 Uhr Bibelstunde.

#### Wettervorhersage.

6. August: Wolken, teils Sonne, ziemlich kühl.

7. August: Wenig verändert.

8. August: Veränderlich, stark windig, meist mögig warm.

9. August: Wolken, windig, strichweis Gewitter.

10. August: Sonne, teils Wolken, angenehme Luft, später Strichregen.

11. August: Wolken, vielfach Regen, Wind, ziemlich kühl.

12. August: Veränderlich, angenehm.

#### Schlachtviehprixe auf dem Viehhof Dresden

am 3. August 1922.

Auf- trieb	Wertstoffen	Preise für 50 kg in W. Lebend. Schlach- tgewicht
•	11. Rälber.	Durchschnitt
524	1. Doppelleider 2. Beste Maf- und Saugfälber . . . . .	7100 7 10
	3. Mittlere Maf- und Saugfälber . . . . .	7100
	4. Geringe Rälber . . . . .	7100
III. Schafe.		
1	1. Mafkammer und jüngere Maf- kammel . . . . .	4000 4100 8 00 82 0
	2. Ältere Mafkammel . . . . .	3400—3700 7500—8000
	3. Mögig geschnittenes Hammel und Schafe (Mergelhaxe) . . . . .	1800—2800 4750—73 0
IV. Schweine.		
160	1. Vollfleischige der jüngeren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren . . . . .	6000—7000 8000
	2. Fleischschweine . . . . .	7000—7200 8000
	3. Fleischige Hammel . . . . .	6500—6700 88 00
	4. Gering entwickelte . . . . .	5900—6300 87 25
	5. Sauen und Eber . . . . .	5800—6800 84 00
	Überstand: 19 Schweine.	
	Ausnahmepreise über Röfl.	
	Tendenz des Marktes: Rälber langsam, Schweine schlecht.	

#### Jugendverein Reichstädt.

Sonnabend den 5. August in den Linden

#### Hauptversammlung.

Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

**M**eines Sauerkraut  
eine saure Gurken  
Pfeffergerüken  
Matjes-Heringe  
eine Vollheringe  
eine Kartoffeln  
empfiehlt

Bruno Scheibe Nach.  
Alfred Fischer  
Kirchplatz.

#### ff. Büchsenfleisch

— ohne Gemüse — netto 2 Pf.

Inhalt, empfohlen dilliglit

Johannes Bemm